

Die Einhundert-Milliarden-Euro-Lüge Wofür Geld da ist und wofür nicht

Es gibt kein Geld für Soziales, für unsere Bedürfnisse? Von wegen! Das Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr zeigt, dass die Herrschenden nur andere Wünsche haben: das, was uns schadet, nicht was uns nützt.

Einhundert Milliarden Euro. So viel Geld ist plötzlich da, als „Sondervermögen“ für die Bundeswehr. Um die Schuldenbremse im Grundgesetz braucht sich deshalb niemand zu scheren, die „Zeitenwende“ von Kanzler Scholz macht es möglich.

Jetzt schlägt die Stunde des militärisch-industriellen Komplexes, es ist Wünsch-dir-was für Bundeswehr und Rüstungskonzerne. Dass das ganze Geld auch wirklich nur in neuen Waffen landet und nichts anderem, darauf achtet schon die CDU/CSU, mit der die Bundesregierung gemeinsame Sache macht. „Dabei geht es natürlich um Aufrüstung und nicht ausschließlich um Ausrüstung“, sagt CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. Soll bloß niemand auf die Idee kommen, die Herrschenden würden sich dafür interessieren, wie es den Soldatinnen und Soldaten geht.

Nein, ihnen ist nur eine Rolle zugeordnet: die neuen Waffen zu bedienen. Waffen, die das Leben von uns allen gefährlicher machen, weil die Kriegsgefahr mit der Hochrüstung steigt. Das wird bleiben, selbst wenn von der Ukraine längst keine Rede mehr ist.

Aber noch etwas wird bleiben: Wir sehen jetzt noch klarer als zuvor, dass Geld da ist, wenn es einen politischen Willen dazu gibt. Wann immer uns erzählt wird, es sei kein Geld da für unsere Bedürfnisse, dann ist das eine Lüge. Diese Lüge kannten wir schon, aber so krass unverschämt offensichtlich wurde sie uns bisher nicht aufgetischt.

Mit 100 Milliarden im Jahr könnte man Hartz IV auf 2300 Euro pro Monat erhöhen. Stattdessen gab es im Januar mickrige drei Euro mehr, der Regelsatz für Alleinstehende liegt jetzt bei 449 Euro.



Die Ampelkoalition hat eigentlich ein Bürgergeld versprochen, aber auch das wird die Armut höchstens ein bisschen lindern - wenn überhaupt. Im Haushalt für 2022 steht sowieso nichts davon, ist ja kein Geld da.

Für Kinder hat die Koalition eine Grundsicherung versprochen. Aber auch die kommt frühestens 2024, ist ja kein Geld da.

Den Eltern wollte die Bundesregierung wenigstens einen weiteren Monat Elterngeld gewähren. Das würde die Gesamtausgaben für das Elterngeld von sieben Milli-

arden Euro nur um einen Bruchteil erhöhen. Muss aber warten, denn es ist ja kein Geld da.

Lesen Sie weiter auf Seite 2



Liebe Leserin, lieber Leser!

Wir erleben eine „Zeitenwende“, sagt Bundeskanzler Olaf Scholz. In der Tat. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in dem Deutschland fast ganz Europa und insbesondere die Sowjetunion mit Mord und Totschlag, mit Verwüstung und verbrannter Erde überzogen hatte, hielten sich das deutsche Großkapital und die deutschen Regierungen militärisch lange zurück. Man konzentrierte sich auf die wirtschaftliche Konsolidierung. Jetzt aber will das deutsche Großkapital bei der Ausweitung und Sicherung der Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskraft in fremden Ländern auch wieder militärisch mitmischen.

Dazu sollen die deutschen Rüstungsausgaben mit über 70 Milliarden Euro jährlich und einem "Sondervermögen Bundeswehr" von 100 Milliarden Euro auf den dritten Platz weltweit kapapultiert werden, noch deutlich vor Russland, Frankreich und Großbritannien. Wieder ist es ein Sozialdemokrat, Bundeskanzler Scholz, der für das deutsche Monopolkapital die Drecksarbeit macht. Er soll große Teile der arbeitenden Bevölkerung und die Gewerkschaften in diese Politik einbinden.

Aber auch innenpolitisch geht die reaktionäre Formierung der Gesellschaft weiter. Trotz der negativen Erfahrungen während der Corona-Pandemie wird das Gesundheitswesens weiter

auf Profit ausgerichtet, das Bildungswesen den Interessen der Wirtschaft angepasst.

Für die arbeitenden Menschen in Deutschland ist das wegen der drohenden Kriegsgefahr brandgefährlich, aber auch teuer. Denn bezahlen sollen die Aufrüstung sie durch extrem steigende Preise, sinkende Löhne und dem Abbau staatlicher Leistungen für Soziales, Gesundheit und Kultur. Widerstand tut not. ■

*Michael Götze,
Vorsitzender der
DKP Hamburg*



Fortsetzung von Seite 1

Nach zwei Jahren Corona, in denen Kranken- und Altenpflegekräfte ständig am Limit gearbeitet haben, bekommen sie endlich ein paar hundert Euro Pflegebonus. Das ist ein bisschen mehr als nur Applaus, aber nicht viel. Die ach so systemrelevante, vor allem aber menschenwürdige Arbeit endlich würdig entlohnen? Dafür ist kein Geld da.

Das gesamte Budget der Stadt Hamburg für alle Kitas in einem Jahr ließe sich mit dem Bundeswehr-Sondervermögen ver Hundertfachen. Doch wir müssen weiter mit fehlenden Kitaplätzen, überbelegten Gruppen, unterbezahlten Erzieherinnen leben - ist ja kein Geld da.

Für 800 Millionen Euro ließen sich die gesamten jährlichen Ticketeinnahmen des HVV ersetzen. Nulltarif, Bewegungsfreiheit für alle, das würde nur 0,8 Prozent des Bundeswehr-Sondervermögens kosten. Einige Milliarden obendrauf, und wir könnten das Bus- und Bahnangebot spürbar verbessern. Aber dafür ist kein Geld da.

In ganz Deutschland gibt der Bund nur eine Milliarde Euro jährlich für den sozialen Wohnungsbau aus. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, besonders in Städten wie Hamburg, müsste dringend behoben werden. Wenn es dafür nur Geld gäbe.

Auch für die Rentenkasse heißt es, leider sei nicht genug Geld da. Deswegen wird jetzt schon wieder diskutiert, ob wir nicht besser bis 70 arbeiten müssten.

Wir müssen den Satz „Es ist kein Geld da“ aus unserem Wortschatz streichen.

All diese Beispiele zeigen, wie der kapitalistische Staat uns missachtet: Alles, was unser Leben verbessern würde, wird kurzgehalten. Für ein existenzgefährdendes Rüstungsprogramm hingegen gibt es kein Limit. Wir müssen dafür sorgen, dass es umgekehrt läuft. ■

Stoppt das Bundeswehr-Sondervermögen!

Her mit der Kohle für unsere Daseinsvorsorge!



Foto© DKP Hamburg



Foto© DKP Hamburg

Sagt die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen und reichte am Tag der Arbeit, dem 1. Mai, das Volksbegehren ein. Dies ist der zweite Schritt, den die Volksgesetzgebung in Hamburg für einen Volksentscheid vorsieht. Dazu müssen nun ab dem 29. August in nur drei Wochen, also bis zum 18. September, insgesamt 65.000 gültige Unterschriften gesammelt werden. Die DKP Hamburg unterstützt das Volksbegehren, wie sie auch schon den ersten Schritt die Volksinitiative unterstützt hat. Wir sind dabei.

Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer.

Arthur Ponsonby (1871-1946), britischer Politiker, Schriftsteller und Friedensaktivist

Dass mit Waffen kein Frieden zu machen ist und sie nur Tod, Elend und Flucht für die davon betroffenen Menschen bedeuten, zeigen alle Kriege und alle Krisengebiete auf der Erde. Besonders präsent, weil täglich an prominenter Stelle thematisiert, wird uns auf sehr einseitige Art und Weise der Ukraine Krieg medial präsentiert. Auch hier läuft die Propaganda, denn von einer ausgewogenen Nachrichtenlage kann nicht die Rede sein.

Fast niemand scheint auf Ideen zu kommen, wie dieser Krieg ohne Waffen zu beenden ist. Das stimmt aber gar nicht. Es gibt viele gute Überlegungen, wie der Krieg zu beenden wäre und was dafür getan werden müsste. Italien hat gerade einen ersten Vorschlag unterbreitet. Und viele Menschen scheinen aufzuwachen, die Zustimmungswerte für Waffenlieferungen an die Ukraine sinken deutlich. Inzwischen sind mehr als die Hälfte der Befragten dagegen.

Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.

Jean Jaurès,
französischer Historiker
und sozialistischer Politiker

Krieg fällt nicht vom Himmel, er ist immer die eskalierte Fortsetzung von etwas Vorhergehendem. Krieg trifft immer die einfachen Menschen, nie in vergleichbarem Maße die Verantwortlichen und Antreiber. Denn die sitzen warm, trocken und sicher, müssen nicht Hunger leiden, verlieren keine Freunde oder Angehörigen und können umziehen wohin sie mögen.

WAS ALSO TUN!

Das mit den Kriegen hört erst auf, wenn wir das kapitalistische System überwunden haben. Das ist klar. Aber das kann noch dauern. Deshalb müssen wir bei uns in unserem direkten Umfeld anfangen.

Im Betrieb, da ist doch der Ort, an dem man sich konkret um die Verbesserung der Lebensumstände kümmert. Ein gutes Leben, nicht arm und krank im Alter, gerechter Lohn, wer will das nicht. In der innerbetrieblichen Auseinandersetzung und der dafür notwendigen Organisation ist viel zu gewinnen. Der Ort der Organisation muss natürlich die Gewerkschaft sein. Und wer um gute Arbeitsbedingungen ringt, will in der Regel auch keinen Krieg. Denn dann ist sofort Schluss mit dem guten Leben.

Wir müssen alles tun, um dem direkten Töten mit Waffen und dem indirekten durch Sanktionen ein Ende zu bereiten. Demaskiert die Propaganda! Keine Rüstungsexporte irgendwohin! Keine Sanktionen! Alles, um dem Denken eine andere Richtung zu geben – Sicherheit für Alle, das gilt auch für Russland und China, das muss verbindlich für alle Länder auf der Welt geregelt werden.

UND WER TUT DAS?

Friedensbewegte Menschen - und davon gibt es viele in dieser Stadt, Friedensorganisationen und Initiativen und die DKP. Denen kann man sich anschließen, vielleicht gibt es in deinem Stadtteil eine Friedensinitiative? ■

Friedensaktionen - Kalender

24.04.-3.07.

Bildungsbegleitprogramm
Tribunal

<http://www.hamburg-tribunal.org/de/education.html#anchor-top>

21.06., 27.06.

Antimilitaristische Hafenrundfahrt - siehe auch unter
<http://www.hamburg-tribunal.org/de/education.html#anchor-top>

30.06.- 3.07.

Hamburg Tribunal
<http://www.hamburg-tribunal.org/de/index.html>

29.09.-18.09.

Volksbegehren
Unterschriftensammlung
<https://ziviler-hafen.de/>



Stoppt die Aufrüstung! - 100 Mrd. für Kitas, Schulen und Krankenhäuser

Zwei Jahre Corona Pandemie haben deutlich gezeigt, wie stark in den letzten Jahrzehnten der soziale Bereich kaputt gespart wurde. Das Bezirksamt Wandsbek kam in die Schlagzeilen, weil das Gesundheitsamt mit 6 Leuten Normalbesetzung nicht mal ansatzweise in der Lage war, die für den Infektionsschutz so wichtige Nachverfolgung von Infektionen zu gewährleisten. Auch sonst war die staatliche Antwort auf die Gesundheitsgefahren völlig unzureichend. Zahlreiche Menschen wurden alleine gelassen. Für viele bedeutete Corona nicht nur eine Krankheit, sondern auch das traumatische Erlebnis des völligen Alleingelassenseins.

Seit Jahren fordern Erzieher:innen und Lehrer:innen kleinere Gruppen und Klassen, um Kinder und Jugendliche so zu fördern, wie sie es verdienen. Während Corona hätten kleinere Gruppen zu einem wesentlich besseren Infektionsschutz beigetragen. Stattdessen mussten Eltern schier unmögliches leisten: Homeoffice, Homeschooling, Homekindergartening.

Krankenhäuser, Pflegekräfte und Ärzte waren völlig überlastet. Schon seit den 2000er Jahren hatte die Einführung der Fallpauschalen zu einem unvergleichlichen Personal- und Bettenabbau geführt. Menschen starben alleine in ihren Isolierzimmern. Alte Menschen in den Pflegeheimen wurden in zahlreichen Fällen erst gar nicht zu einer angemessenen Versorgung ins Krankenhaus gebracht. Die Auswirkungen werden wir noch weiter zu spüren bekommen. Im Pflegebereich droht eine massenhafte Flucht aus dem Beruf, wenn es keine wirksamen Veränderungen gibt.

Mit der jetzt geplanten Aufrüstung und dem Sondervermögen Bundeswehr von 100 Mrd. € wird sich diese Situation noch weiter zuspitzen. Im Kapitalismus regiert nicht die Vernunft und der Humanismus, sondern die Gesetze der Profitmaximierung und der Ausdehnung der eigenen Herrschaftsbereiche. Das Geld für die Aufrüstungsprogramme wird sich die Scholz-Regierung nicht bei den Konzernen holen, sondern bei den lohnabhängig Beschäftigten. Die Ausgaben für die Corona-Pandemie werden durch steigende Krankenkassenbeiträge finanziert werden, nicht durch Einführung von Vermögenssteuer oder erhöhten Unternehmenssteuern.

Viele Familien und nicht zuletzt die mehr als 70.000 Alleinerziehenden in Hamburg werden mit den sagenhaft gestiegenen Mieten und Preisen, ihren Lebensstandard nicht aufrecht erhalten können. Ein Schwimmbadbesuch, ein Buch als Geschenk ist bereits jetzt für mehr als ein Drittel der Hamburger:innen ein Luxus. Reichtum und Armut bedingen sich einander.

**Reicher Mann und armer Mann
standen da und sahn sich an.
Und der Arme sagte bleich:
"Wär ich nicht arm,
wärest du nicht reich".**

Bertolt Brecht

Unsere Antwort darauf muss sein, für eine sofortige Erhöhung des Mindestlohns zu kämpfen, in Tarifeinsetzungen spürbare Lohnerhöhungen durchzusetzen und auf der politischen Ebene für eine gute öffentliche Daseinsvorsorge zu kämpfen. ■

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema Frieden –
dort weiter, wo andere
Medien längst schweigen.**

Ich möchte gerne:

- ☐ Die UZ sechs Wochen **gratis**
Probelesen (Print & Online)!
Der Bezug endet automatisch
- ☐ Weitere Informationen über
die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: DKP-Partei Vorstand
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Weitere aktuelle Beiträge unter www.hamburg.dkp.de

Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg Lindenallee 72, 20259 Hamburg,
Telefon (040) 480 49 00
hamburg.dkp.de oder www.dkp.de
✉ hamburg@dkp.de  [dkphamburg](https://www.facebook.com/dkphamburg)
V.i.S.d.P. M. Götzke, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

